

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Barack H. Obama - der künftige 44. Präsident der USA

Bei den US-Präsidentschaftswahlen am 4. November 2008 setzte sich der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, Senator Barack H. Obama, gegen seinen Konkurrenten von der Republikanischen Partei, Senator John McCain, landesweit mit 53 % zu 46 % durch. Im 538 Personen umfassenden „Wahlmännergremium“ (Electoral College), in dem mindestens 270 Stimmen für die Wahl zum US-Präsidenten erforderlich sind, verfügt Obama mit voraussichtlich 364 Stimmen über eine deutliche Mehrheit. Der designierte 44. US-Präsident wird am 20. Januar 2009 sein Amt antreten. Er wird sich in beiden Kammern des neu gewählten amerikanischen Kongresses (United States Congress) auf eine eigene demokratische Mehrheit stützen können. Den Demokraten gelang es, ihre bei den Wahlen im Jahr 2006 erzielte Mehrheit im 435 Mitglieder umfassenden US-Repräsentantenhaus (United States House of Representatives) auszubauen. Im 100-köpfigen Senat (United States Senate), bei dem rund ein Drittel der Sitze neu zur Wahl standen, verfügen die Demokraten jetzt erstmals seit den 1990er Jahren wieder über mehr als 50 Sitze.

Der designierte US-Präsident Obama hat in seiner Broschüre „Blueprint for Change“ und im Wahlkampf der vergangenen Monate sowie im innerparteilichen Vorwahlkampf seit Jahresbeginn **Grundzüge seiner möglichen künftigen Politik** skizziert, die sich in vielen Bereichen von der seines republikanischen Amtsvorgängers Georg W. Bush unterscheiden dürfte: Dazu gehören zum Beispiel eine stärker auf öffentliche Investitionen und Regulierungen setzende Finanz- und Wirtschaftspolitik, sozialstaatlich orientierte Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen, eine Verbesserung des primären Bildungssystems sowie eine mehr auf Nachhaltigkeit setzende Energie- und Klimapolitik. In der US-Außenpolitik könnte es unter Obama unter anderem zu einer Neugestaltung der transatlantischen Partnerschaft und einer Neubewertung internationaler Institutionen sowie der multilateralen Zusammenarbeit durch die USA kommen.

Innenpolitisch steht Obama mit der Bewältigung der Finanzmarkt- und Bankenkrise sowie der Bekämpfung der kriselnden US-Wirtschaftslage vor großen Herausforderungen. Dabei dürfte er auf eine **aktivere Rolle des Staates** setzen, die sich auch in stärkeren Regulierungen von bestimmten Wirtschaftsbereichen – wie zum Beispiel der Finanzmärkte – ausdrücken könnte. Neben der vollständigen Umsetzung des 700-Milliarden-Dollar-Paketes zur Rettung angeschlagener US-Geldinstitute könnte Obama auch Initiativen zugunsten der von der US-Hypothekenmarktkrise betroffenen überschuldeten privaten Haushalte starten. Zur allgemeinen Belebung der Wirtschaft sollen nach Obamas Vorstellungen unter anderem in den nächsten zehn Jahren zur **Förderung von Arbeitsplätzen im Umwelt- und Energiebereich** rund 150 Milliarden Dollar bereitgestellt werden. Weitere 60 Milliarden Dollar sollen in **öffentliche Infrastrukturprojekte** fließen, mit denen zusätzliche Arbeitsplätze vor allem im Baugewerbe entstehen sollen. In der Steuerpolitik favorisiert der designierte Präsident **Steuersenkungen für die Bezieher mittlerer und unterer Einkommen**. Gleichzeitig hat er im Wahlkampf angekündigt, die **Steuern auf Einkommen über 250.000 Dollar von 35 auf 39,8 %** erhöhen zu wollen. Ferner sehen seine finanzpolitischen Vorstellungen auch eine **Erhöhung der Kapitalertragssteuer** von 15 auf 25 % vor. Allerdings hat sich das Defizit im US-Haushalt im jetzt abgelaufenen Steuerjahr mit 455 Milliarden Dollar (330 Milliarden Euro) im Vergleich zum vorangegangenen Steuerjahr nahezu verdreifacht. Damit hat sich der (finanz-)politische Handlungsspielraum für den zukünftigen Präsidenten enorm verschlechtert. Im Bereich der Gesundheitspolitik will der designierte Präsident Obama eine **umfassende Reform der Krankenversicherung** durchsetzen. Dabei sollen mittelfristig nach Möglichkeit alle Amerika-

ner krankenversichert sein. So ist die Zahl der US-Bürger ohne Krankenversicherung in den vergangenen Jahren auf über 45 Millionen Menschen gestiegen. Der Weg zur Behebung der Mängel beim Krankenversicherungsschutz soll - nach den politisch gescheiterten Vorstellungen der Demokraten unter Präsident Bill Clinton – auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Dabei sollen auch die Unternehmen finanziell in die Pflicht genommen werden.

In der Energie- und Umweltpolitik strebt der designierte Präsident neben seinem bereits erwähnten **150 Milliarden Dollar-Programm zugunsten alternativer Energiegewinnungstechnologien** - von dem er sich die Schaffung von bis zu fünf Millionen Arbeitsplätzen verspricht - eine deutliche **Verbesserung der Klimaschutzpolitik** der USA an. So spricht sich Obama, der den Klimawandel als eine der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart ansieht, zum Beispiel auch für Steueranreize für den Kauf verbrauchsarmer Autos aus. Zudem möchte er ein Emissionshandelssystem für Treibhausgasemissionen einführen. Ferner hat Obama die **Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls** durch die USA sowie eine Beteiligung an der Klimaschutzpolitik der Vereinten Nationen in Aussicht gestellt.

Gemäß seiner im Wahlkampf und im Wahlprogramm zur internationalen Politik geäußerten Vorstellungen scheint der zukünftige Präsident einen spürbaren Kurswechsel gegenüber der bisherigen US-Außenpolitik – die sich unter anderem durch ein unilateralistisches Vorgehen sowie eine kritische Einstellung gegenüber der Problemlösungskompetenz internationaler Organisationen und Institutionen auszeichnete – einleiten zu wollen. Dazu gehört auch die **Verbesserung der Beziehungen im transatlantischen Verhältnis**. Obama hat angekündigt, als Präsident die **Partnerschaft mit den Europäern** deutlich zu intensivieren. Das betrifft insbesondere eine neue Qualität der Zusammenarbeit in der Sicherheits-, Wirtschafts-, Energie-, Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik. Während Obama in der Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik ein stärkeres Engagement der USA in Aussicht stellen könnte, wird er von den Europäern vermutlich die Übernahme von mehr Verpflichtungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, zum Beispiel in Afghanistan, einfordern. In diesem Land möchte Obama die Einsatzkräfte zudem spürbar aufstocken. Voraussetzung dafür ist auch ein schrittweiser **Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak**, den Obama befürwortet. Bei der Terrorismusbekämpfung hat Obama ferner die **Schließung des Gefangenenlagers auf Guantanamo**, die Wiederherstellung des Habeas Corpus Act (Recht auf angemessene Verteidigung) sowie das **Verbot aller Formen der Folter** in Aussicht gestellt. Der designierte US-Präsident Obama dürfte internationalen Institutionen und Organisationen bei der Lösung globaler Probleme eine größere Rolle zuerkennen. Trotz dieser möglichen substanziellen Veränderungen in der US-Außenpolitik wird auch unter einem Präsidenten Obama die **Wahrung der nationalen Interessen** und die Bewahrung der internationalen Führungsrolle der USA **oberste Priorität** genießen. Zu dieser Kontinuität der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik wird auch gehören, dass militärisches Eingreifen – notfalls auch im Alleingang – weiterhin eine Option amerikanischer Außenpolitik bleibt.

Quellen:

- „Blueprint for Change. Obama and Biden’s Plan for America“ (Programmatische Broschüre des Kandidaten) <http://www.barackobama.com/pdf/ObamaBlueprintForChange.pdf> [Stand: 05.11.2008].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008). Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37-38/2008, USA, Online-Version: <http://www.bpb.de/files/7HMD72.pdf> [Stand: 04.11.2008].
- Deutsch, Klaus Günter (2008) Thesen zum Programm von Senator Barack Obama. Deutsche Bank Research <http://www.dbresearch.de> [Stand: 04.11.2008].
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (2008). US-Präsidentschaftswahlen 2008 <http://www.weltpolitik.net> [Stand: 04.11.2008].
- Leber, Fabian; Ciesinger, Ruth (2008). Verdammt viel Arbeit, in: Der Tagesspiegel vom 5.11.2008.
- Realclearpolitics (2008). Barack Obama elected President. Meldungen vom 5. und 6. November 2008 <http://www.realclearpolitics.com> [Stand: 06.11.2008].
- Spiegel-Online (2008). Präsidentschaftswahlen USA 08. Positionen und Programme. Wofür Obama und McCain stehen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,574746,00.html> [Stand: 04.11.2008].
- Stiftung Wissenschaft und Politik (2008). Dossier. USA: Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2008 <http://www.swp-berlin.org> [Stand: 04.11.2008].